

juristisch auf einer klaren Grundlage standen und gesagt haben, die internationalen Verpflichtungen der KSZE haben Vorrang vor den bilateralen Verpflichtungen; die nämlich hätten die Ungarn eigentlich gezwungen, die Flüchtlinge in die DDR zurückzuschicken. Ein zweiter Punkt noch, ebenfalls in diesem Zusammenhang: Die Diskussion über die NATO-Mitgliedschaft wurde von unseren westlichen Kollegen in diesen Gremien absolut verstanden, nämlich daß wir gesagt haben, ohne sie geht es nicht. Die Frage der Vereinigung war als solche nicht zwingend, wenn man es logisch betrachtete und von den anderen zu hören bekam: Wenn die Freiheit erreicht wird, ist das ja eigentlich in Ordnung. Müßt ihr unbedingt die Einheit haben? Da haben wir dann immer gesagt, wir müssen nicht, die Freiheit ist das wichtigste. Wenn sie erreicht und abgesichert werden kann, ist das in Ordnung. Aber wenn unsere Landsleute in der DDR sagen, wir wollen die Einheit, wer sind wir denn, ihnen zu sagen, wir wollen euch nicht. Das war dann im Grunde die letzte Logik, daß wir das auch verständlich machen konnten, daß wir gesagt haben, die Leute sind über Jahrzehnte lang bevormundet worden, jetzt sagen sie selber, was sie wollen, und wenn sie sagen, die Einheit gehört dazu, dann haben wir das einfach zu respektieren. – Ich hoffe, das war kurz genug. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, in der Fraktionsrunde habe ich jetzt notiert Frau Brudlewsky, Herrn Hilsberg und Herrn Jacobsen. Es folgen dann später noch Herr Wilke, Herr Maser, Herr Faulenbach und Herr Gutzeit. Frau Brudlewsky, Sie haben das Wort.

Abg. Monika Brudlewsky (CDU/CSU): Schönen Dank. Auch ich war Mitglied der ersten freien Volkskammer und möchte gerne die Betonung auf „frei“ legen. Mit Herrn Kollegen Meckels Vortrag war ich weitgehend einverstanden, aber etwas hat bei mir doch Widerspruch ausgelöst, und zwar seine Kritik daran, daß in Bundestagsreden davon gesprochen wird, daß 16 Millionen durch Einheit in Freiheit gekommen sind. Ich meine, warum soll man das nicht sagen? Meines Erachtens kommt es immer darauf an, aus welcher Sicht man das sieht. Der normale, einfache Bürger der ehemaligen DDR, nicht SED-Mitglied, sieht es schon so. Auch Ihre eigene Biografie, Herr Meckel, wir haben beide ähnliches erlebt, spricht eher dafür. Wir wissen um die Demonstrationen, daß Leute mit der Kerze auf dem Marktplatz gestanden haben in Angst, daß sie hinterher zwei Jahre Gefängnis bekommen, für Stillschweigen, oder Abschiebung unliebsamer Leute wie Freya Klier. Nicht Leistung hat bei der Karriere gezählt, sondern die Willfährigkeit gegenüber dem Staat. Ich brauche das nicht erzählen. Aber ich bin der Meinung, ich selber war natürlich frei in meinem Gewissen und in meinen Gedanken, aber äußerlich war ich eben nicht frei. Die Reisefreiheit, die Redefreiheit, die gab es eben nicht. Und die Karriere im Beruf, diese Freiheit, die gab es eben auch nicht. Dann fehlte mir noch eins bei der Befreiung, die nicht unbedingt von außen kam, sondern von innen, mit Hilfe von vielen verschiedenen Faktoren. Die Rolle der Kirche, fand ich, hätte noch erwähnt werden müssen, weil die ja auch eine sehr wichtige Rolle ge-

spielt hat in der Zeit vor der Wende und auch während der Wende, daß die Türen geöffnet wurden. Viele Wege führten in die Freiheit, die Auswanderung von Hunderttausenden und dann auch dies, daß seit Afghanistan 1979, wo zum letzten Mal die russischen Panzer rollten, keine Panzer mehr rollten, in Polen 1980 rollten die sowjetischen Panzer nicht mehr. Darüber war man sehr verwundert.

Zwischenruf: In Afghanistan rollten sie noch bis 1989.

Das habe ich doch eben gesagt. Afghanistan, gut, in Afghanistan rollten sie weiter, aber in Polen rollten eben keine Panzer mehr. Und den Punkt meinte ich hier. Nicht, daß wir uns falsch verstehen. Das sind Dinge, die dann auch ein Stück dazu beigetragen haben, den Mut zu behalten, die Furcht zu verlieren. Meine Frage ist einfach: Was waren wir in der DDR, wenn wir nicht unfrei waren? Diese Frage wollte ich einfach stellen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Angesichts dieser langen Diskussionsbeiträge, Statements und Vorträge, die wir heute gehört haben, ist es, glaube ich, nicht passend, hier in die Detaildiskussion zu treten. Da könnte man sehr viel sagen. Ich kann nur sagen, ich finde es sehr wichtig, daß hier auch eine konträre Position dargestellt wurde. Mein Eindruck ist, daß insbesondere die Rolle der politischen Kräfte in der damaligen DDR auch nach eingehender Erforschung dargestellt werden muß, gerade angesichts der noch vorherrschenden Meinung, Kohl und Gorbatschow hätten die Einheit betrieben. Deshalb finde ich es richtig, was hier insbesondere von Markus Meckel und Gerd Poppe gesagt wurde. Herrn Irmer kann ich nur zustimmen, wenn er sagt, wenn die Volkskammer die Einheit nicht gewollt hätte, wäre sie nicht gekommen. Selbstverständlich, nur war das eine rein theoretische Diskussion. Denn die Volkskammer wäre bekloppt gewesen, etwas nicht zu wollen, was die große Mehrheit der DDR-Bürger wollte. Wir standen immer für Selbstbestimmung, wir wollten sie durchsetzen. Wir hatten klare Programme, die sahen eben die Einheit der Nation vor. Dann muß ich eines noch einmal ganz klar sagen, gerade nach dem, was heute vormittag von unseren Referenten, auch Herrn Kornblum, dem amerikanischen Botschafter, hier erklärt wurde. Er hatte den Eindruck anlässlich des Honecker-Besuchs hier in Bonn, die westdeutsche Politik glaube gar nicht an die Einheit, sie wolle sie im Grunde genommen gar nicht mehr. Wenn ich da auch verschiedene andere Sachen höre, dann, muß ich sagen, brauchen wir uns als ehemalige Oppositionelle aus der DDR mit unseren Vorstellungen in keinster Weise, aber wirklich in keinster Weise zu verstecken. Und einen Tag vor dem 4. Dezember, als Bush seine Pressekonferenz gab und sagte, die Deutschen sollen Selbstbestimmung haben, sollen die Einheit verwirklichen in freier Selbstbestimmung, hatte der SDP-Vorstand seine Erklärung zur deutschen Einheit verabschiedet, die mit den Worten beginnt: Wir bekennen uns zur Einheit der deutschen Nation, und sie muß organisiert werden. Auch verschiedene andere Passagen kann man danebenhalten. Das war angesichts der Entwicklung, die hinter uns lag, und der Offenheit der Entwicklung und insbesondere